

Europa in der Denkpause

Das Scheitern der Referenden zum europäischen Verfassungsvertrag in Frankreich und in den Niederlanden im Mai bzw. im Juni 2005 hat die Europäische Union in eine tiefe Krise gestürzt. Als Konsequenz haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union eine „Zeit des Nachdenkens“ verordnet. Europaweit soll bis zum ersten Halbjahr 2006 eine Debatte über die Zukunft des europäischen Projekts geführt werden. Dazu hat die Europäische Kommission einen „Plan D“ gestartet: D wie Demokratie, Dialog und Diskussion. Für den 9. Mai 2006 ist eine europäische Konferenz zur Zukunft Europas anberaumt, auf der erste wichtige Schlüsse aus den Debatten gezogen werden sollen.

Diese Denkpause muß den Prozeß der europäischen Integration in seinen größeren Zusammenhängen in den Blick nehmen. Auf dem Hintergrund jahrhundertelanger Kriege in Europa ist die Entstehung der Europäischen Union eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Am 9. Mai 1950 wandte sich der französische Außenminister Robert Schuman an die Bundesrepublik Deutschland und weitere interessierte Länder Europas: Er schlug die Schaffung einer Gemeinschaft vor, die dem Frieden dienen sollte. Doch Schuman wies weitblickend auch darauf hin, daß die europäische Einheit nicht von einem Tag auf den anderen entstehen könne, sondern als Ergebnis eines langen geschichtlichen Prozesses.

Dieser Weg verlief keineswegs geradlinig, sondern war immer wieder von Höhen und Tiefen gekennzeichnet. Damit soll die gegenwärtige Krise nicht heruntergespielt werden. Ihre Gründe sind vielfältig. Die gescheiterte Ratifikation des Verfassungsvertrags wird als Ausdruck einer Vertrauenskrise zwischen Bürgern und Politikern gesehen. Viele Menschen erfahren die europäischen Institutionen als eine zu ferne und unpersönliche Bürokratie mit der Tendenz zum Zentralismus. Durch die Osterweiterung vom 1. Mai 2004 mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedsländern wurde zwar die Spaltung Europas durch den Eisernen Vorhang endgültig überwunden. Doch in den früheren Kernländern der Union verbindet sich damit die Angst vor Überfremdung und vor dem Verlust von weiteren Arbeitsplätzen. Der Politologe Claus Leggewie sieht Europa nur noch als „Verstandessache der Eliten“ und nicht mehr als die „Herzenssache der Völker“. Damit stellt sich erneut die Frage nach der Grundlage der Union, nach dem Selbst- und Werteverständnis der Europäer.

Paul Valéry hat diejenigen Völker als europäisch definiert, in denen sich drei geschichtliche Einflüsse geltend machen: die griechische Philosophie, das Christentum und das römische Recht. Davon ist bis heute das Christentum lebendig. Die Zahl der Christen in Europa einschließlich Rußland liegt derzeit bei 531 Millionen, rund 280 Millionen sind Katholiken. So ist von den christlichen Kirchen ein wich-

tiger Beitrag in dieser Zeit des Nachdenkens zu erwarten, der allerdings über Sonntagsreden und die Beschwörung der christlichen Wurzeln Europas und der Gründerväter der Europäischen Union hinausgehen muß. Der neugewählte Papst Benedikt XVI. erklärte bei seiner ersten Generalaudienz die Wahl seines Namens mit seinem besonderen Interesse an der Zukunft des Christentums in Europa. Diese kann aber nicht in einer Abgrenzung der Kirche von der Welt des Unglaubens im Sinn eines „heiligen Rests“ liegen. Johann Baptist Metz warnt seit längerem vor einer Selbstmarginalisierung und Selbstprivatisierung des europäischen Christentums. Vergessen wurde übrigens von vielen, daß der friedliche Verlauf der Revolution von 1989 zumindest in der ehemaligen DDR wesentlich dem mutigen Einsatz von Christen zu verdanken war.

Zu einem wichtigen Beitrag der Kirchen auf dem Weg der Erneuerung der Identität Europas kann die dritte Europäische Ökumenische Versammlung werden, die vom 4. bis 8. September 2007 im rumänischen Sibiu (Hermannstadt) unter dem Motto „Das Licht Christi scheint auf alle. Hoffnung für Erneuerung und Einheit in Europa“ geplant ist. Ausgerichtet wird sie von der rumänisch-orthodoxen Kirche. Grundlage ist die Ostern 2001 in Straßburg verabschiedete „Charta Oecumenica“, in der sich die christlichen Kirchen in Europa verpflichten, für Menschenrechte, Frieden und für die Bewahrung der Schöpfung einzutreten.

Die Versammlung ist als Prozeß auf lokaler, regionaler und europäischer Ebene konzipiert. Den Auftakt dafür bildet ein europäisches Treffen in Rom vom 24. bis 26. Januar 2006 mit 110 Vertretern der Kirchen und ökumenischer Organisationen und Bewegungen. Ein zweites europäisches Treffen ist für Anfang 2007 in Wittenberg vorgesehen. Als Themen für die Europäische Ökumenische Versammlung 2007 nennen die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE): Einheit der Kirche, Beitrag der Christen zum Aufbau Europas, Versöhnung zwischen Völkern und Kulturen, Bewahrung der Schöpfung sowie Dialog mit anderen Religionen. Leitend ist dabei die Überzeugung, daß getrennte Kirchen in einem geeinten Europa untragbar sind. Umgekehrt kann eine wachsende Einheit unter den christlichen Kirchen unter den Vorzeichen des ökumenischen Prozesses ein wichtiges Ferment für das Zusammenwachsen Europas sein.

Als weltweite Gemeinschaften müssen die christlichen Kirchen aber auch für ein gegenüber der übrigen Welt offenes Europa eintreten. In diesem Sinn hat der verstorbene Papst Johannes Paul II. in einem Brief an Kardinal Miloslav Vlk als damaligem Präsident des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen im Oktober 2000 geschrieben: „Europa kann sich nicht auf sich selbst zurückziehen. Es kann und darf nicht völliges Desinteresse für den Rest der Welt zeigen, es muß sich im Gegenteil der Tatsache voll bewußt sein, daß sich andere Länder oder andere Kontinente von ihm mutige Initiativen erwarten, um den ärmsten Völkern die Mittel für ihre Entwicklung und ihre soziale Organisation anzubieten und eine gerechtere und brüderlichere Welt aufzubauen.“

Martin Maier SJ